

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 11. Dezember 2001 Nr. 1306

Interpellation

Interpellation Christian Hostettler: Sonderrechte für "Papierlose"?; schriftlich

Christian Hostettler und 8 Mitunterzeichnende reichten am 18.9.2001 eine Interpellation betreffend „Sonderrechte für „Papierlose“?“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Unter „Papierlosen“ (bzw. Sans Papiers) werden Ausländerinnen und Ausländer verstanden, die sich illegal, d.h. ohne Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz aufhalten. Die gemäss Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer erforderliche Bewilligung wurde entweder nicht beantragt, durch die zuständigen Behörden verweigert oder ist abgelaufen. Unter der unbekannten Anzahl Personen ohne gültige Aufenthaltsregelung befinden sich vor allem ehemalige Saisonniers, Kurz- sowie Jahresaufenthalterinnen und -aufhalter, deren befristete Aufenthaltsbewilligungen nicht verlängert oder nicht erneuert wurden und die das Land dennoch nicht verlassen haben. Eine weitere Gruppe bilden Kinder und Jugendliche, die Familiennachzugsregelungen nicht beanspruchen konnten und trotzdem mit ihren Eltern in der Schweiz leben sowie abgewiesene Personen aus dem Asylbereich.

Grundsätzlich besteht kein Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung für Ausländer bzw. Ausländerinnen im Inland. Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, müssen weggewiesen werden. Der illegale Aufenthalt, die illegale Einreise sowie das Erleichtern oder Vorbereiten der rechtswidrigen Einreise bzw. des rechtswidrigen Aufenthaltes in der Schweiz werden strafrechtlich geahndet. Strafbar machen sich auch Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, welche nicht berechtigt sind, in der Schweiz zu arbeiten. Zuständig für den Vollzug der Bestimmungen der Bundesgesetzgebung über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer sind die kantonalen Fremdenpolizeibehörden.



In jüngster Zeit haben „Papierlose“ und deren Sympathisantinnen und Sympathisanten in anderen Kantonen vor allem durch Gebäudebesetzungen auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Gefordert wird insbesondere die kollektive Aufnahme von Ausländerinnen und Ausländern, welche sich ohne gültige Aufenthaltsregelung seit einer bestimmten Zeit in der Schweiz befinden. Der Bundesrat hat im Rahmen der Beantwortung einer im Nationalrat eingereichten Motion eine solche Amnestie abgelehnt, weil sie zur Folge hätte, dass die Missachtung der Bestimmungen des Ausländerrechtes durch die illegal Anwesenden und deren Arbeitgeber, die diese Personen bewusst illegal beschäftigen, belohnt würde. Die Problematik und deren Lösung ist Bundessache; das Thema wird in den eidgenössischen Räten diskutiert.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

1. Die Durchführung einer Demonstration auf öffentlichem Grund ist bewilligungspflichtig. Ein entsprechendes Gesuch von „Papierlosen“ oder deren Sympathisanten würde durch die Stadtpolizei geprüft. Dabei wird die Identität der Gesuchstellenden aufgenommen. Wenn die Stadtpolizei dabei feststellt, dass die Gesuchstellenden möglicherweise gegen fremdenpolizeiliche Vorschriften verstossen, ist sie verpflichtet, der kantonalen Fremdenpolizei hiervon Mitteilung zu machen.

Versammlungs- sowie Meinungsäusserungsfreiheit und damit das Recht, Demonstrationen zu organisieren und daran teilzunehmen, sind durch die Bundesverfassung gewährleistet. Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit sind Menschenrechte und stehen somit grundsätzlich allen Einwohnerinnen und Einwohnern unabhängig von der Staatsangehörigkeit und von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status zu. Das Verbot einer Demonstration ist nur durch ein überwiegendes öffentliches Interesse oder den Schutz von Grundrechten Dritter gerechtfertigt. Kundgebungen im Zusammenhang mit der Problematik der „Papierlosen“ in anderen Städten sind durchwegs friedlich verlaufen. Dabei geäusserte Anliegen, beispielsweise die Forderung nach einer „Globallösung“, der generellen Amnestie für Menschen ohne gültige Aufenthaltsregelung, können nicht als rechtswidrig bezeichnet werden. Es ist Ziel einer Demonstration, auf die Meinungsbildung einzuwirken und dadurch beispielsweise eine Änderung bestehender gesetzlicher Regelungen anzustreben. In einem freiheitlichen und demokratischen Staat muss es möglich sein, abweichende Meinungen zu äussern. Die Frage, ob und unter welchen Auflagen, zeitlichen sowie örtlichen Einschränkungen eine Demonstration bewilligt werden kann, wird in jedem Fall anhand des konkreten Gesuches unter Würdigung sämtlicher Umstände beurteilt. Grundsätzlich steht einer Bewilligung für eine Kundgebung, die auf



die Problematik der „Papierlosen“ aufmerksam machen will, nichts entgegen.

2. Häuserbesetzungen erfüllen den Straftatbestand des Hausfriedensbruchs. Dabei handelt es sich um ein Antragsdelikt. Sobald der oder die Berechtigte - Hauseigentümer oder Hausbesitzer - Strafantrag stellt, leitet die Stadtpolizei die notwendigen Schritte für die Räumung des Gebäudes sowie die Strafverfolgung wegen Hausfriedensbruchs ein. Wird ein Verstoss gegen ausländerrechtliche Bestimmungen festgestellt, erfolgt zudem Mitteilung an die kantonale Fremdenpolizei.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:

Interpellation Christian Hostettler vom 18. September 2001

